

10.23

Abgeordneter Bernhard Themessl (FPÖ): Frau Präsidentin! Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Auch ich bin sehr froh darüber, dass dieser Bericht heute hier im Plenum diskutiert wird – da gebe ich dem Kollegen Mitterlehner recht –, weil wir auch zeigen müssen, wie wichtig die Debatten über die heimische Wirtschaft, über die kleinen und mittleren Betriebe auch in der Öffentlichkeit sind, weil diese Betriebe das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft sind. Und ich bedanke mich von dieser Stelle aus noch einmal bei allen Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses dafür, dass unser Antrag auf Enderledigung im Plenum auch angenommen wurde, denn das ist meines Erachtens sehr wichtig. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dieser Bericht ist sicher sehr positiv, aber er täuscht über gewisse Schwachstellen und über gewisse Tatsachen hinweg, nämlich darüber, dass die Gefahr besteht, im Laufe der nächsten Jahre im Bereich der kleinen und mittleren Betriebe gewaltig zu verlieren. Das heißt, die österreichische Wirtschaft, die eigentlich durch das Rückgrat der kleinen und mittleren Betriebe, natürlich auch der Einzelpersonen-Unternehmungen, gestärkt und gehalten wird, findet sich zwischenzeitlich Rahmenbedingungen gegenüber, die alles andere als positiv sind, und es ist in den nächsten Jahren auch keine positive Entwicklung zu erwarten.

Herr Kollege Mitterlehner hat ja auch schon angedeutet, dass die Eigenkapitalquote der kleinen und mittleren Betriebe in Österreich verschwindend klein ist im Vergleich zu Spitzenländern in Europa, wo es offenbar wesentlich bessere Grundvoraussetzungen zum Überleben kleiner und mittlerer Betrieb gibt.

Warum diese Eigenkapitalquote so niedrig ist, das vergisst man zu sagen oder verschweigt man. Die kleinen und mittleren Betriebe sind heute nicht mehr in der Lage, Eigenkapital zu bilden, weil die steuerliche Belastung dermaßen hoch ist, dass es ein Ding der Unmöglichkeit ist, die Eigenkapitalquote zu erhöhen. Und wenn wir in den nächsten Jahren an diesen Rahmenbedingungen nichts ändern, dann laufen wir wirklich Gefahr, zu einer Zwei-Klassen-Gesellschaft zu werden. Das heißt, es wird die Großindustrie geben, aber die kleinen und mittleren Betriebe werden auf längere Zeit gesehen eigentlich keine Überlebenschance haben.

Und was dieser Bericht auch verschweigt, ist, dass im Jahre 2006 bereits 60 Prozent der kleinen und mittleren Unternehmen, teilweise auch der Einzelpersonen-Unternehmungen, keinen Gewinn mehr geschrieben haben – da müssten ja die Alarmglocken läuten! –, und das zu einem Zeitpunkt, nämlich im Jahr 2006, in dem

Hochkonjunktur geherrscht hat. Es war aber nicht allein der Erfolg der Regierung und der Regierungsparteien, dass die Zahlen so gut sind, sondern die Grundvoraussetzung war, dass die Konjunktur weltweit angesprungen ist und eigentlich alle Länder, auch in Europa, die gleichen Rahmenbedingungen oder Grundvoraussetzungen vorgefunden haben.

Österreich hat sicher einiges daraus gemacht, es aber offensichtlich nicht optimal genützt. Das zeigen ja Spitzenländer in Europa, wie Dänemark, wie Schweden, wie Finnland, wie die Niederlande und etliche andere mehr, die natürlich ein wesentlich höheres Wirtschaftswachstum daraus erzielen konnten und wo natürlich auch die Kaufkraft entsprechend besser war.

Wir haben in den letzten zwei Jahren, speziell diese Regierung, im Jahr 2007 und 2008, maßgeblich an den Rahmenbedingungen gedreht, und zwar nicht zum Guten, sondern zum Schlechten. Und wenn ich Sie daran erinnern darf: Ich habe hier vor zirka einem Jahr vor der Erhöhung der Mineralölsteuer gewarnt. Die Mineralölsteuer war mit ein Grund, warum die Inflationsrate so hoch ist. Es ist eine Teuerungswelle erfolgt, die unvergleichlich war. Wir liegen in der Zwischenzeit bei einer Inflationsrate von weit über 3 Prozent, und das trifft nicht nur den Endverbraucher, das trifft natürlich auch, was die Energiekosten anlangt, die kleinen und mittleren Betriebe, und das ist aufs Schärfste zu verurteilen!

Und wenn Sie schon mir nicht glauben, frage ich mich, warum Sie Ihren eigenen Experten nicht glauben. Es gibt Wirtschaftsexperten aus der ÖVP und aus SPÖ-nahen Kreisen, die die Regierung ganz klar auffordern, diese Erhöhung der Mineralölsteuer zurückzunehmen. Wissen Sie, dass Sie durch diese Erhöhung der Mineralölsteuer tausende Arbeitsplätze in der Transportwirtschaft gefährdet haben? Sie wissen, dass bereits ein Drittel aller Lkws, die in österreichischem Besitz sind, ausgeflaggt sind, und der österreichische Staat verliert pro ausgeflaggtem Lkw im Jahr 50 000 € an Versicherungsbeiträgen, an Steuern und etlichem mehr.

Dass dadurch Arbeitsplätze in der Größenordnung von über 10 000 gefährdet sind, das sei hier nur am Rande erwähnt, aber das ist auch nicht gerade sinnvoll.

Die großen Reformen schieben Sie vor sich her. Sie tun nach wie vor nichts und verlassen sich darauf, dass die Konjunktur weltweit halbwegs in einem Rahmen bleiben wird, wobei klar ist, dass sie sich bereits im heurigen Jahr und auch im nächsten Jahr nicht mehr auf diesem hohen Niveau befinden wird, wie sie im Jahr 2006 und im Jahr 2007 war.

Sie haben nach wie vor eine neue Staffelung der Einkommensteuer nicht in Angriff genommen. Hier gehen Sie von völlig falschen Ansätzen aus. Sie sagen immer: Wir brauchen 3 Milliarden €, um eine große Steuerreform zu finanzieren. – Wenn wir hier in diesem Hohen Haus warten müssen, bis Sie einen Überschuss von 3 Milliarden € zustande bringen, warten wir ewig! Das werde ich nicht mehr erleben, weil ich vorher in Pension gehe.

Sie gehen hier von falschen Ansätzen aus. Von 3 Milliarden € bei einer Steuersenkung oder bei einer großen Steuerreform zahlt sich vieles von selber: Sie stärken die Kaufkraft, Sie senken die Schwarzarbeit. Sie haben jetzt Einnahmen aus der Einkommensteuer und aus der Lohnsteuer in einer Größenordnung von über 20 Milliarden €. Ungefähr dieselbe Wertschöpfung an Wirtschaftskraft geht durch Schwarzarbeit an diesem Staat und am Finanzminister vorbei. Und wenn Sie es schaffen, dass kleine und mittlere Betriebe durch eine geringere steuerliche Belastung a) in der Lage sind, ihr Eigenkapital zu erhöhen, und b) in der Lage sind, wieder zu überleben, dann sind sie gar nicht daran interessiert, so viel wie möglich an der Steuer vorbeizuschleusen. Und wenn es uns nur gelingt, von diesen 22 Milliarden € an Schwarzarbeit ein Drittel offiziell in die Steuer zu bringen, werden Sie feststellen, dass sich die Hälfte dieser Steuerreform bereits von selber bezahlt hat!

Und das werfe ich Ihnen vor: Dass Sie sich überhaupt keine Gedanken machen, wie das Ganze in den Griff zu bekommen ist.

Wir haben die höchsten Lohnnebenkosten in Europa. Sie haben gesagt, Ihr Ziel ist es, die Lohnnebenkosten unter 40 Prozent zu drücken. Diese sind aber sogar gestiegen! Vom Jahr 2006 auf 2007 sind sie von 41,5 auf über 42 Prozent gestiegen. Das sind Rahmenbedingungen, die nicht geeignet sind, die Klein- und Mittelbetriebe in Zukunft zu unterstützen. Und wir kommen heute bei einem anderen Tagesordnungspunkt noch zu einem Thema, bei dem ganz klar der Beweis geliefert wird, dass Sie für kleine und mittlere Betriebe überhaupt nichts übrig haben. Sie interessieren sich nach wie vor für die Großindustrie, für die Großkonzerne, die international tätig sind, die auf nationale und speziell auf soziale Interessen des Staates überhaupt keine Rücksicht nehmen, die einzig und allein an Gewinnmaximierung interessiert sind, sich aber um Arbeitsplätze in Österreich überhaupt nicht kümmern.

Wir fordern von Ihnen eine neue Staffelung der Einkommensteuertarife, eine Senkung der Lohnnebenkosten, die Einführung eines finnischen Modells – das ist die Absetzbarkeit von haushaltsnahen Dienstleistungen –, die in Finnland beispielsweise auch dazu geführt hat, dass über 10 000 neue Arbeitsplätze geschaffen wurden, sowie

die Einführung einer Investitionsbegünstigung. Der Vorsteuerabzug für betrieblich genutzte Pkw ist ein Thema, das Sie zwar immer wieder in den Mund nehmen, aber nicht umsetzen.

Das, was Sie jetzt mit der neuen Steuerreform vorhaben, die Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags, hilft den Unternehmern überhaupt nicht, das wissen Sie, weil es hier einzig und allein darum geht, den Betrag, den der Arbeitnehmer zahlt, zu reduzieren.

Was Sie auch vergessen haben: Es gibt viele Einzelpersonenunternehmen und auch kleine und mittlere Unternehmen, die auch kein höheres Einkommen haben als 1 350 € im Monat. Und auf die nehmen Sie überhaupt keine Rücksicht.

Nachdem Sie ja zu großen Reformen überhaupt nicht bereit sind, fangen wir heute einmal mit einem kleineren Schritt an. Sie wissen, dass im Juni die Europameisterschaft in Haus steht, und Sie wissen, dass diese ein wirtschaftlicher Erfolg werden soll. Sie wissen auch, dass viele Unternehmen bereit sind, ihre Kunden zu diesen Spielen, zu diesen Veranstaltungen einzuladen – Deutschland hat es im Jahr 2006 im Rahmen der Fußballweltmeisterschaft vorgezeigt. Daher bringe ich hier folgenden **Entschließungsantrag** ein – wenn Sie schon zu großen Schritten nicht bereit sind, fangen wir klein an –:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage vorzulegen, die zur Folge hat, dass Kosten für Eintrittskarten und Bewirtung für die Euro 2008 bis zu einem Betrag von Euro 1.000,- pro Teilnehmer als Werbeausgabe anerkannt werden.“

Hier könnten Sie wenigstens zeigen, dass Sie sich ein bisschen bewegen, wenn Sie sonst schon für kleine und mittlere Betriebe nichts übrig haben. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Auf diese Weise könnten Sie dazu beitragen, dass die Euro 2008 auch ein wirtschaftlicher Erfolg in unserem Land wird. – Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

10.32

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Der soeben eingebrachte Entschließungsantrag ist ordnungsgemäß eingebracht, ausreichend unterstützt und steht mit in Verhandlung.

Der Antrag hat folgenden Gesamtwortlaut:

Entschießungsantrag

*der Abgeordneten Themessl, Gradauer und weiterer Abgeordneter betreffend
Anerkennung der Kosten für Eintrittskarten und Bewirtung für die Euro 2008 als
Werbeausgabe*

*eingebraucht im Zuge der Debatte zum Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und
Industrie über den Bericht (III-120 d.B.) des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit
über die Situation der kleinen und mittleren Unternehmungen der gewerblichen
Wirtschaft 2006/07 (499 d.B.), in der 56. Sitzung des Nationalrates am 10. April 2008*

*Der Erwerb von Tickets für die EURO 2008 wird nicht als Werbeausgaben vom
Finanzamt anerkannt, obwohl gerade Fußball der Spitzenklasse ein geeignetes
Instrument zur Business to Business-Kommunikation bedeutet.*

*Für die FPÖ ist klar, dass wir als Exporteuropameister unseren Kunden etwas bieten
müssen. Eine einmalige Chance, wie die EURO 2008 muss dafür genutzt werden.
Welche Bedeutung Fußball für die Wirtschaft und die damit verbundenen Arbeitsplätze
hat, hat die WM 2006 in Deutschland gezeigt. Darum sollten wir es unseren Nachbarn
gleich machen und Deutschland als Vorbild nehmen. Anstatt die Unternehmen mit
Nichtabsetzbarkeit der Ausgaben für die EURO 2008 zu strafen, sollte man dem
deutschen Modell folgen, welches Kosten für Ticket und Bewirtung bis zu einem Betrag
von Euro 1.000,- pro Teilnehmer als Werbeausgabe anerkannte.*

*Es ist nicht nachvollziehbar, dass nur Sponsoring abzugsfähig ist, während alle
anderen Kosten, die für Unternehmen anfallen und die sie auch oft aus Grund der
internationalen Wirtschaftsbeziehungen tätigen müssen, als betriebliche Ausgabe nicht
anerkannt werden. Während die österreichische Bundesregierung, sowie die Politik auf
Kosten der Steuerzahler dem Weltsportereignis Fußball frönen, verlangt man von der
Wirtschaft, dass sie zwar Millionen ausgibt und diese aber steuerlich nicht geltend
macht, obwohl der Nutznießer dieser Investitionen die gesamte Volkswirtschaft ist, die
vom Engagement der Unternehmen in die EURO profitiert.*

*Viele Betriebe investieren in die EURO-Tickets nicht aus Jux und Tollerei oder weil sie
fußballverrückt sind, sondern weil dies von ihren Kunden erwartet wird. Die FPÖ fordert
den Finanzminister auf, es seinem Deutschen Kollegen gleichzumachen und der
Wirtschaft dieselben steuerlichen Chancen einzuräumen, wie damals der deutschen
Konkurrenz, die diese dann optimal für den Wirtschaftsaufschwung genutzt hat.
Schließlich blickt die Welt nicht nur auf das touristische und sportliche Österreich,
sondern auch auf den Wirtschaftsstandort Österreich.*

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Stenograph/Schreibkraft: Me/Ka

Entschließungsantrag

Der Nationalrat möge beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage vorzulegen, die zur Folge hat, dass Kosten für Eintrittskarten und Bewirtung für die Euro 2008 bis zu einem Betrag von Euro 1.000,- pro Teilnehmer als Werbeausgabe anerkannt werden.“

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Als Nächster zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Dr. Bauer. 3 Minuten gewünschte Redezeit. – Bitte.